

liberalen Demokratie gesiegt hätte. Skeptisch bemerkte der jüdisch-konservative Journalist Gerhard Löwenthal, viele hätten ihm gesagt, der Sozialismus sei tot – aber niemand habe ihm bisher die Leiche gezeigt.

Dem historischen Augenblick von 1990 waren in (West-) Deutschland 20 Jahre zeitweise heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen vorausgegangen. Der Entspannungspolitik der Ära Brandt/Bahr lag die Idee zugrunde, den Status quo des Ost-West-Konfliktes festzuschreiben. Auf dieser Grundlage sollten vor allem menschliche und wirtschaftliche Kontakte ermöglicht und der Friede dauerhaft gesichert werden. Auch wenn es konservative Kritiker nicht gerne hören: Das war unter Anerkennung der zugrunde liegenden Prämissen ein durchaus schlüssiges Konzept der Friedenssicherung.

Dieses Konzept schloss allerdings grundsätzliche Änderungen in Europa aus. Eine Überwindung der Machtverhältnisse lag nicht in der Konsequenz dieses Konzepts. Genau das aber war die Voraussetzung für eine Wiedervereinigung des Kontinents – und in der Folge Deutschlands. Die Sicherung des Friedens setzte für die Vertreter dieser Entspannungspolitik voraus, dass der Status quo eben nicht infrage gestellt wurde. Damit war auch klar: Die politischen Bedingungen für die Menschen in Mittel- und Osteuropa und ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben wurden nicht hinterfragt. Heute wird von interessierter Seite ganz anderes behauptet. Das ist der Versuch einer Legendenbildung, wie bereits aus damaligen Zitaten ihrer wichtigsten Vertreter deutlich wird.

Willy Brandt sprach noch kurz vor 1990 von der Wiedervereinigung als der „Lebenslüge“ der zweiten deutschen Republik. Egon Bahr schrieb zur gleichen Zeit, auch am Ende des Entspannungsweges müssten zwei deutsche Staaten stehen. Das müsse man nicht nur wissen, sondern auch

wollen. Das Brandt/Bahr-Konzept war – kritisch gesehen – bereits in den 1970er-Jahren gescheitert. Vor dem Hintergrund westdeutscher und westlicher Entspannungspolitik rüstete die Sowjetunion massiv auf. Sie wollte den Status quo militärisch zu ihren Gunsten ändern, obwohl im Westen die politischen

auf die Friedensbewegung der DDR. Wesentlich christlich geprägt, engagierte sie sich in den – im doppelten Sinne engen – Grenzen der sozialistischen Diktatur. Ihre Mitglieder lehnten den „Friedhofsfrieden“ der DDR ab, weil sie sich nicht zu bloßen Ja-Sagern degradieren lassen wollten.



Was vom Kriege immer übrig bleibt: Soldatenfriedhof

Zeichen auf Entspannung standen.

Die Konsequenz mutet fast tragisch an. Mit Helmut Schmidt musste ein sozialdemokratischer Bundeskanzler den NATO-Doppelbeschluss auf den Weg bringen. Dieser Beschluss bedeutete nichts anderes, als dass der Westen seinerseits nachrüsten werde, sollte die Sowjetunion ihre unprovokierte Aufrüstung nicht zurücknehmen. Schmidt scheiterte an der eigenen Partei, die seinem Realismus mehrheitlich nicht folgen wollte. Auch gegen ihn trat die sogenannte „Friedensbewegung“ an. In ihr dominierten linke Kräfte und Kommunisten, die der sowjetischen Politik kritiklos gegenüberstanden. Das wissen wir übrigens nicht erst seit heute. In der breiten „Friedensbewegung“ gab es eine politische und moralische Äquidistanz zur Sowjetunion, die den Ostblock und den Warschauer Pakt beherrschte, und den USA, die die NATO anführten. Diese Haltung war nachvollziehbar im Hinblick

Anders verhielt es sich mit der westdeutschen „Friedensbewegung“. Sie suchte sich mit diesem Begriff selbst zu adeln, und unterstellte, dass ihre Gegner zugleich Gegner des Friedens seien. Das war eine ungeheuerliche Anmaßung. Sie traf ja auch Politiker wie Helmut Schmidt und seinen Nachfolger Helmut Kohl – und viele Christen, die in der Nachrüstung die Wahrnehmung ihres Rechtes auf Selbstverteidigung sahen. Gegen Hunderttausende Demonstranten setzte Helmut Kohl den NATO-Doppelbeschluss durch. Dieser Beschluss hatte eine weltpolitische Dimension.

Es gelang eine Friedenssicherung, die bis weit in das 21. Jahrhundert hielt. Neben anderen hat Michail Gorbatschow deutlich gemacht, dass es vor allem der NATO-Doppelbeschluss gewesen ist, der zu Veränderungen in der sowjetischen Führung und ihrer Politik geführt hat. Dies war eine „conditio sine qua non“. Ohne sie